

niedersachsen *magazin*

6

Juni 2021 • 83. Jahrgang

NBB – Niedersächsischer Beamtenbund
und Tarifunion

COVID-19 als Dienstunfall?

Seite 4 <

COVID-19 als
Dienstunfall?

Seite 5 <

Bundesfrauen-
kongress

Seite 6 <

Aktuelles aus
den Mitglieds-
verbänden



Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

nunmehr hat der Finanzminister vor wenigen Wochen seine grundsätzliche Haltung zur Haushaltskonsolidierung in Bezug auf den öffentlichen Dienst deutlich gemacht.

So hat das Finanzministerium auf der Grundlage der aktuellen Mai-Steuerschätzung, mitgeteilt, dass davon ausgegangen werden muss, dass zur Bewältigung der derzeitigen Krisensituation auch erhebliche Einschnitte im Personalkostenbudget zu erwarten sein werden.

Personalkosteneinsparungen

Mit diesen Überlegungen werden somit die Befürchtungen des NBB, dass am Ende der öffentliche Dienst für die Corona-Folgekosten aufzukommen hat, offensichtlich bewahrheitet.

Das erklärte Ziel des Finanzministers besteht darin, möglichst schnell die Vorgaben der Schuldenbremse wieder einzuhalten und spätestens 2024 ohne neue Kredite wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen zu können.

Dabei ist mir eines wichtig zu betonen. Ich gehöre keinesfalls zu denjenigen, die eine ausgewogene und vor allen Dingen auf die Zukunft ausgerichtete Haushaltspolitik ablehnen.

Nach wie vor ist es unser gesamtgesellschaftlicher Auftrag, unseren Kindern und Kindeskindern auch in den kommenden Jahrzehnten einen gesunden Staatshaushalt zu übergeben, der auch in der Zukunft Spielräume für staatliche Investitionen zugunsten der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zulässt.

Nur durch eine weiterhin strikte Haushaltsdisziplin lassen sich die Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte meistern.

Die politischen Initiativen, aufgrund derer der Niedersächsische Landtag zum Ende des Jahres 2019 die im Grundgesetz verankerten Grundregeln eines Neuverschuldungsverbotes in unser eigenes Landesrecht übernommen hat, sind und waren ein richtiger Schritt.

Gleichzeitig gilt es aber auch Vorsorge zu treffen, die Strukturen dieses Staates nicht nachhaltig zu gefährden und Träger dieser Strukturen ist im Schwerpunkt der öffentliche Dienst.

Jahrelange Unterfinanzierung

Dabei ist Landespolitik aber ebenso verpflichtet, auch die andere Seite der Medaille in den Fokus zu nehmen und die jahrelangen Versäumnisse in der Unterfinanzierung des öffentlichen Dienstes zu beseitigen und vor allem nicht erneute Fehler zu machen.

Gerade die Corona-Krise hat Probleme eben dieser Unterfinanzierung für alle Beteiligten deutlich gemacht.

Dazu gehört unter anderem die immer noch vollkommen unzureichende Digitalisierung im öffentlichen Dienst, der zunehmend größer werdende Mangel an geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern und nicht zuletzt die Perspektivlosigkeit, bedingt durch mangelnde Beförderung- und Aufstiegsmöglichkeiten, die von vielen Kolleginnen und Kollegen richtigerweise beklagt wird.

Personalmangel

Bis Ende dieses Jahrzehnts werden wir über ein Drittel der Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Zuge des demografischen Wandels verlieren.

Auf diese Entwicklung haben der NBB und seine organisierten Fachgewerkschaften bereits seit Jahren hingewiesen.

Jetzt hier zusätzlich perspektivisch den Rotstift anzusetzen, ist nicht nur das falsche Signal in Richtung der Beschäftigten und derjenigen, die sich für einen beruflichen Weg im öffentlichen Dienst interessieren.

Im Ergebnis werden auch die Bürgerinnen und Bürger des Landes Niedersachsen zunehmend feststellen, dass eine kaputtgesparte Verwaltung ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen kann. Genau diese Entwicklungen haben wir beispielsweise bei den Gesundheitsämtern in den Kommunen jüngst erlebt!

Natürlich ist auch mir und uns bekannt, dass der Personalkostenfaktor eine der größten Belastungen unseres Landeshaushalts darstellt.

Doch genau an dieser Stelle nunmehr erneut den klassischen Rotstift anzusetzen zu wollen und damit insbesondere die persönlichen



> Alexander Zimbehl,
1. Landesvorsitzender

© NBB

Impressum

Herausgeber: NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, Ellernstraße 38, 30175 Hannover. **Telefon:** 0511.3539883-0. **Telefax:** 0511.3539883-6. **E-Mail:** post@nbb.dbb.de. **Internet:** www.nbb.dbb.de. **Bankverbindung:** BBBank Karlsruhe, BIC: GENODE61BBB, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. **Redaktion:** Alexander Zimbehl (1. Landesvorsitzender), Azra Kamber (Landesgeschäftsführerin).

Verantwortlich für den Inhalt: Alexander Zimbehl, Ellernstraße 38, 30175 Hannover. Beiträge mit Autorenangabe stellen nicht unbedingt die Meinung des NBB dar.

Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Titelfoto: © Pixabay/Parentingupstream

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Dominik Allartz.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste 25,** gültig ab 1.10.2020.

Bezugsbedingungen: Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.

Belastungen derjenigen zuvorderst in den Fokus zu nehmen, die über viele Jahre und Jahrzehnte maßgeblich zu einem funktionierenden öffentlichen Gemeinwesen beigetragen haben, ist ein deutliches Signal, gegen welches wir uns als Verband mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln wenden werden.

Schon jetzt sind in der niedersächsischen Landesverwaltung viele Tausend Stellen, teilweise seit Jahren, unbesetzt.

Dieses geht stets zulasten des vorhandenen Personals.

Wer nunmehr offensichtlich den Weg einschlagen möchte, nicht weniger, sondern mehr Stellen abzubauen und einzusparen, möge zum einen klar und deutlich sagen, wo dies geschehen soll, und zum anderen – und hier liegt dann ein ganz deutlicher Punkt unserer Kritik – die damit verbundenen Aufgaben und daraus resultierenden Verpflichtungen für die Beschäftigten gleichfalls streichen.

■ Einkommensrunde Herbst

Im Lichte dieser Betrachtungen kommt noch ein ganz wesentlicher Punkt in diesem Jahr dazu, nämlich die im Herbst bevorstehende Einkommensrunde der Länder.

Gerade vor diesem Hintergrund und mit dem Ziel einer sachlichen Debatte um die Zukunft dieses Landes kann ich aktuell nur dringend davor warnen, mögliche Einsparpotenziale auf dem Rücken der Beschäftigten auszumachen.

Diese Einkommensrunde, darauf habe ich in der vergangenen Ausgabe des niedersachsen magazins bereits hingewiesen, dürfte eine besondere werden.

Der Deutsche Beamtenbund ist im Rahmen eines digitalen Branchentages am 26. Mai offiziell in die Einkommensrunde mit den Ländern gestartet.

Wir werden unsere Mitglieder im Rahmen des niedersachsen magazins und über unsere Online-Medien in den kommenden Wochen und Monaten umfassend über die Fortentwicklung informieren und freuen uns schon jetzt auf rege Beteiligung der Mitgliedsgerkschaften im Gesamtprozess dieser Einkommensrunde.

■ LTK

Im Rahmen der Landestarifkommission diskutieren wir ganz aktuell über die derzeitige Situation, die Entwicklung der Arbeitsbedingungen und vor allem über die Aufstellung unserer Forderungen, eingebettet in den Gesamtkontext der Forderungsfindung des dbb.

Ich bin überzeugt davon, dass wir uns von niedersächsischer Seite in enger Abstimmung mit allen Beteiligten überaus aktiv in diesen

Prozess einbringen werden und somit die nachvollziehbaren Forderungen unserer Mitglieder mit Nachdruck unterstreichen werden.

■ KiTaG

Exemplarisch möchte ich im Zusammenhang mit der Unterfinanzierung des öffentlichen Dienstes noch auf die schwierigen politischen Diskussionen zum neuen Kita-Gesetz hinweisen, die uns aktuell begleiten.

Es ist offensichtlich, dass wir zur Gewährleistung frühkindlicher Bildung und gleichzeitig der Verpflichtung inklusiver und integrativer Aufgaben nicht weniger, sondern deutlich mehr Erzieherinnen und Erzieher benötigen.

Die gesellschaftlichen Grundvoraussetzungen haben sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten derart grundlegend geändert, dass wir genau hier tätig werden und somit im Ergebnis mehr Fachkräfte integrieren müssen.

Diese Fachkräfte gewinne ich aber nur dann, wenn ich entsprechend investiere und den Menschen Perspektiven biete.

■ Pflegebereich

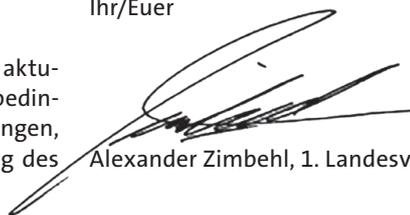
Vergleichbare Diskussionen haben wir in den vergangenen Monaten insbesondere im Pflegebereich geführt.

All diese Menschen haben nicht nur unseren Dank und den Dank der Politik verdient, sondern sie benötigen vor allem Unterstützung und Sicherheit für die Zukunft.

Als Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifrunion erwarten wir von dieser Landesregierung eine deutliche Attraktivitätssteigerung zugunsten dieses öffentlichen Dienstes.

Jeglichen Einsparmaßnahmen auf dem Rücken der Beschäftigten hingegen erteilen wir eine klare und deutliche Absage.

Ihr/Euer



Alexander Zimbehl, 1. Landesvorsitzender NBB



COVID-19-Erkrankung infolge der Dienstausbübung Corona-Erkrankung als Dienstunfall?

4

Die Corona-Pandemie bestimmt, trotz aktuell sinkender Inzidenzzahlen, auch weiterhin unser persönliches und berufliches Leben.

Nach wie vor unklar ist die Frage der Rechtslage, wenn es unmittelbar beziehungsweise infolge der Dienstausbübung zu einer COVID-19-Infektion gekommen ist.

■ Rechtslage unklar

So erhalten wir in den vergangenen Wochen vermehrt Hinweise seitens unserer Mitglieder, dass sie sich aktuell oder auch bereits in der Vergangenheit im direkten Zusammenhang mit ihrer Dienstverrichtung mit COVID-19 infiziert haben.

Diese Fälle werden uns aus den verschiedensten Berufsgruppen des öffentlichen Dienstes geschildert, betreffen vorwiegend die Sicherheits- und Bildungsbereiche, aber auch zunehmend die allgemeine Verwaltung.

■ Dienstunfallanzeige zwingend erforderlich!

Aus diesem Grunde möchten wir, auch im Hinblick auf die derzeit noch problematische

Rechtslage, darauf hinweisen, dass in solchen Fällen unbedingt eine Dienstunfallanzeige gefertigt werden muss.

Unabhängig davon, ob der Dienstunfall in der Konsequenz auch als solcher anerkannt wird, liegt es zunächst in der Verantwortung des Beschäftigten, diesen Dienstunfall durch Fertigung einer Dienstunfallanzeige auch entsprechend anzuzeigen.

Ein Dienstunfall in diesem Zusammenhang dürfte dann vorliegen, wenn im Dienst oder in direktem Zusammenhang mit der Dienstausbübung ein intensiver Kontakt mit einer infektiösen Person nachweislich stattgefunden hat und innerhalb eines direkten zeitlichen Zusammenhangs nach dem Kontakt der Nachweis der Erkrankung erbracht werden kann.

Gleichzeitig, und dieser Hinweis ist leider ebenso wichtig, besteht die Pflicht der oder des Dienstvorgesetzten, diese Dienstunfallanzeige entsprechend entgegenzunehmen und weiterzuleiten.

Wir weisen deshalb darauf hin, da in Einzelfällen die Entgegen-

nahme einer solchen Dienstunfallanzeige unter Bezug auf die mangelnde Kausalität der Infektion abgelehnt worden sein soll.

■ Dokumentation

Wichtig ist aus unserer Sicht darüber hinaus auch, parallel zur Fertigung einer Dienstunfallanzeige gleichsam umfangreiche eigene Aufzeichnungen vorzuhalten.

Dazu gehört beispielsweise eine möglichst lückenlose Dokumentation der beruflichen und privaten Kontakte, des Arbeitsweges und des eigenen Krankheitsverlaufes.

■ Problem: Kausalität

In der Vergangenheit ist die Anerkennung eines Dienstunfalls unter Hinweis auf die nicht zu belegende Kausalität zwischen der Diensthandlung und der Erkrankung abgelehnt worden.

Nach unserer Auffassung kann auf das Kriterium der Kausalität im Einzelfall nicht gänzlich verzichtet werden, jedoch besteht die Forderung des NBB darin, dass der jeweilige Dienstherr angesichts der Herausforderun-

gen durch die Pandemiesituation gehalten sein sollte, hieran im Einzelfall im Einklang mit der Rechtsprechung keine überzogenen Anforderungen zu stellen.

So ist die Frage der Kausalität einer Erkrankung für die Anerkennung als Dienstunfall stets ein Moment des jeweiligen Einzelfalles und nicht Teil einer pauschalisierenden Entscheidung.

Aus diesem Grunde empfehlen wir unseren Beschäftigten für den Fall der Nichtanerkennung eines Dienstunfalles im Zusammenhang mit einer COVID-19-Erkrankung, sich direkt mit ihrer jeweiligen Mitgliedsgegewerkschaft in Verbindung zu setzen, um ein mögliches Rechtsschutzersuchen zu prüfen.

■ NBB sucht politische Lösung

Aktuell befindet sich der NBB in intensiven Gesprächen mit der Landesregierung, um eine möglichst einheitliche und im Interesse der Beschäftigten zielführende Regelung zum Umgang mit diesen Fällen zu erarbeiten. ■



Milanie Kreutz im Amt bestätigt Virtueller dbb Bundesfrauenkongress

Am 13. April 2021 fand der zwölfte Bundesfrauenkongress des dbb statt. Eigentlich hätte dieser bereits im vergangenen Jahr tagen sollen, musste aber aus den bekannten Gründen verschoben werden.

Als auch in diesem Jahr eine Präsenzveranstaltung nicht zu verantworten war, entschloss sich die dbb bundesfrauenvertretung, eine hybride Veranstaltung abzuhalten.

■ Hybride Veranstaltung

So gab es eine kleine Präsenzgruppe, bestehend aus der bisherigen Geschäftsführung, der vorherigen Vorsitzenden Helene Wildfeuer, den Kolleginnen, die sich für Präsidium und Wahlausschuss zur Verfügung stellten, dem dbb Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach sowie der Technik und Moderation.

An den Bildschirmen zu Hause waren über 300 Delegierte zugeschaltet, die dem eng getakteten Kongress folgten.

■ Wahlen

Mittels elektronischer Wahlverfahren wurden die Abstimmungen zu den Kandidatinnen für die verschiedenen Positionen und zu den über 300 Anträgen vollzogen. Hut ab, das Ganze klappte vorzüglich!

■ Milanie Kreutz im Amt bestätigt

Die seit einem Jahr amtierende Vorsitzende Milanie Kreutz von der DStG wurde mit einer überwältigenden Mehrheit aller Stimmen (97,75 Prozent) im Amt bestätigt, als Beisitzerinnen fungieren zukünftig die folgenden Kolleginnen: Elke Janßen (GdS), Michaela Neersen (GdV LSA), Synnöve Nüchter (Komba) und Sabine Schumann (DPoIG).

■ Gedenken und Ehrung von Jutta Endrusch

Für die wenige Tage vor dem Kongress nach kurzer schwerer Krankheit überraschend verstorbene stellvertretende Vorsitzende Jutta Endrusch (VBE) wird die Nachfolgerin zeitnah per Briefwahl nachgewählt.

Die Kollegin, die sich über lange Jahre sehr in der Geschäftsführung der

dbb bundesfrauenvertretung engagierte, wurde posthum zum Ehrenmitglied ernannt.

■ Frauenpolitische Themen

Inhaltlich beschäftigten wir uns mit dem ganzen Spektrum der frauenpolitischen Themenstellungen.

Unsere Anträge zu geschlechtergerechter Sprache, Gleichberechtigung im dbb, mehr Frauen in Führungspositionen und Entgeltgleichheit im öffentlichen Dienst sowie zum Berufungsverfahren im Wissenschaftsreich wurden dabei angenommen, die Nachbesserung der Zusatzversorgung VBL zu Arbeitsmaterial bestimmt.

■ Auch Corona als Thema

Natürlich nahmen auch Corona und damit verbundene Rückschritte in Situation, Karriere und Belastung von Frauen eine große Rolle ein.

Aber Milanie Kreutz forderte Politik, Arbeitgeber(innen) und Beschäftigte auf, das „digitalisierende Virus“ als Chance für mehr Gleichberechtigung und Gleichstellung zu begreifen und zu nutzen.

■ Paritätische Teilhabe

Auch die paritätische Teilhabe von Frauen in Politik, Führungsämtern, Gremien et cetera wurde thematisiert und auch für die Gremienbesetzung unserer Dachorganisation, Landesbünde und Fachgewerkschaften und -verbände eingefordert. Frauen wollen einen gerechten Anteil.

Die Frauenvertretung habe ihr „starke Wurzeln gegeben, so dass Sturm und Wind mir nichts anhaben können“, so Milanie Kreutz.

■ Viele Gastredner(innen)

Die Veranstaltung war mit interessanten Gastrednern/Gastrednerinnen versehen, so sprachen unter anderem die Juristin und „First Lady“ Elke Büdenbender und der Vorsitzende des dbb, Ulrich Silberbach, die Grußworte.

Die Staatssekretärin des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Juliane Seifert, hielt einen Impulsvortrag über die aktuellen und wichtigen gleichstellungspolitischen Initiativen ihres Ministeriums. Die ganztägige Arbeitstagung schloss mit einem hybriden Panel mit politischen Vertreterinnen/Vertretern.

Neben Milanie Kreutz nahmen daran Ulle Schauws, MdB Bündnis 90/Die Grünen, Carla Neisse-Hommelsheim, stellvertretende Vorsitzende der CDU-Frauen-Union, sowie Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes teil.

Insbesondere gab es aus diesem Kreis die Forderung nach mehr politischer Beteiligung von Frauen und das Angebot der Fortsetzung gemeinsamer Gespräche und Aktivitäten zur Erreichung einer wirklichen Gleichstellung.

■ NBB-Frauenvertretung

Für die NBB-Frauenvertretung nahmen deren Vorsitzende Kerstin Rhode-Fauerbach und ihre Stellvertreterin Marlis von Saß-Ihnken an der virtuellen Konferenz teil.

*Kerstin Rhode-Fauerbach
und Marlis von Saß-Ihnken,
NBB-Landesfrauenvertretung*



Aktuelles aus den Mitgliedsverbänden

Unsere Mitgliedsgewerkschaften und -verbände haben sich auch in den vergangenen Wochen wieder zu etlichen Themen geäußert. Hier eine Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen und Forderungen daraus.

- > Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)
- > Verband Bildung und Erziehung (VBE)
- > Verband Niedersächsischer Lehrkräfte (VNL/VDR)



■ Impfkonzert für Schülerinnen und Schüler

VBE-Landesvorsitzender Franz-Josef Meyer äußert sich zum Impfkonzert des Kultusministers für Schülerinnen und Schüler Ende Mai wie folgt:

„Niedersachsen geht voran und legt als erstes Bundesland ein Impfkonzert für Schülerinnen und Schüler ab zwölf Jahren vor. Noch vor den Sommerferien sollen alle Impfberechtigten ein Angebot bekommen. Ob allerdings das ambitionierte Vorhaben wie geplant umgesetzt werden kann, ist mehr als fraglich. Weder sind die zusätzlich benötigten eine Million Impfdosen gesichert noch hat die Stiko einen Impfstoff für Kinder freigegeben.“

Mit der Ankündigung, mehr als 400 000 Kinder und Jugendliche noch vor den Sommerferien das erste Mal zu impfen und am Ende der Ferien die zweite Impfdosis zu verabreichen, rollt ein immenser organisatorischer Aufwand auf Schulen und Kommunen zu. Die Schulen sollen zwar keine „aktive Rolle“ beim Impfgeschehen spielen, allerdings wird die Unterstützung bei der Logistik und Organisation erwartet.

Die Frage bleibt, ob diese logistische Herausforderung in dem genannten Zeitfenster überhaupt flächendeckend zu reali-

sieren ist. Bis zur Lieferankündigung müssen alle Vorbereitungen wie Raumanmietung, Vorbereitung der Impfbereitungen und Impfteams und Terminvergabe mit Bestätigung bereits abgeschlossen sein. Gut gemeint ist in diesem Falle noch nicht gut gemacht.

Der VBE begrüßt, dass es Impfbusse vor den Schulen, wie vielfach diskutiert, nicht geben wird. Dies hat das Kultusministerium ausgeschlossen.

„Der Gedanke, noch vor den Sommerferien mit dem Impfen von Schulkindern zu beginnen, ist gut, es bleiben aber viele Unwägbarkeiten. Die Logistik und Organisation ist noch ungeklärt, die Freigabe des Impfstoffes für alle Kinder ab zwölf Jahren ist mehr als fraglich und die Lieferung des Impfstoffes noch nicht zugesichert. Bleibt zu hoffen, dass am Ende von dem mit Stolz verkündeten Impfkonzert nicht ein Streichkonzert wird. Dann wäre es besser gewesen, die Entscheidungen der nächsten Tage abzuwarten, und das Vorpreschen des Kultusministers wäre völlig unnötig gewesen“, so Franz-Josef Meyer.

■ VNL/VDR

Torsten Neumann, Vorsitzender des Verbandes Niedersächsischer Lehrkräfte VNL/VDR, erklärte zu dem Thema in einer Pressemitteilung:

„Wir begrüßen ausdrücklich die Initiative des Kultusministers Grant Hendrik Tonne und der Gesundheitsministerin Daniela Behrens, rund einer Million Schülerinnen und Schüler ab zwölf Jahren ein Impfangebot gegen Corona zu machen. Es sollte aber nicht vergessen werden, dass die Umsetzung nicht in Niedersachsens Hand liegt. Erstens sind in Deutschland bisher noch keine Impfstoffe für Kinder und Jugendliche freigegeben worden und zweitens erfolgt die Bereitstellung der Impfstoffe im Falle einer Zulassung nicht durch die niedersächsische Landesregierung, sondern über die Bundesregierung.

Auf beides hat Niedersachsen jedoch keinerlei direkten Einfluss. Es ist auf alle Fälle zu begrüßen, dass das Land neben der Forderung nach Lieferung der entsprechenden Impfdosen dem Bundesgesundheitsminister Jens Spahn auch schon ein Impfkonzert vorgelegt hat.

Zweifelsohne würde eine Impfung der Schülerinnen und Schüler den Gesundheitsschutz an unseren Schulen erheblich verbessern und wahrscheinlich eine vierte Welle verhindern helfen. Noch ist aber alles Zukunftsmusik, es sind noch nicht einmal alle an Schule Tätigen geimpft worden. Es fehlen außerdem noch konkrete Überlegungen, wie mit nicht geimpften Schülerinnen und Schülern verfahren werden soll, da es sich um eine freiwillige Impfung handelt.

Was passiert zum Beispiel mit den nicht geimpften Schülerinnen und Schülern, wenn die Schulklasse auf Klassenfahrt gehen will?

Auch solche Fragen müssen rechtzeitig vor einer Impfung der Schülerinnen und Schüler geklärt sein.“

■ DPoIG

Auch die DPoIG beschäftigte sich mit dem Thema Impfung und den Irritationen um die Einstufung der Polizeibeschäftigten in die Impfkategorie 3 und deren Berücksichtigung innerhalb hiervon.

So äußerte sich Patrick Seegers, Vorsitzender der DPoIG Niedersachsen, wie folgt:

„In den vergangenen Tagen kursierten Gerüchte und Meldungen darüber, dass die Beschäftigten der Polizei in der Gruppe der Impfprioritäten nicht ausreichend berücksichtigt oder sogar getilgt werden könnten. Basis hierfür war eine Meldung des Sozialministeriums, dass nun zunächst auch Kräfte der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehren geimpft werden sollen.

Wir erinnern uns zurück, dass – auch durch den Druck der DPoIG – viele Polizeibeschäftigte mit intensivem Bürgerkontakt bereits in der Impfpriorität 2 eine Impfung erhalten haben, statt wie ursprünglich vorgesehen in Gruppe 3. Damit können wir alle, glaube ich, sehr zufrieden sein.

■ Keine Neiddiskussion

Die Polizei verbleibt also auch weiterhin in der Gruppe 3. Das heißt, dass auch allen weiteren Polizeibeschäftigten zeitnah ein Impfangebot gemacht werden wird. Man hat uns also weder vergessen noch von der Liste getilgt. Dass die Kameraden der Feuerwehren nun ebenfalls geimpft werden, halte ich für absolut richtig, notwendig und wichtig. Verdient haben sie es allemal genauso. Es gilt also nun, weiterhin zusammenzuhalten und keine Neiddiskussion aufkommen zu lassen.



Und nochmals: Auch der Landespolizeipräsident Axel Brockmann hat in einem Telefonat abermals zugesichert, dass wir als Polizei zeitnah bei den nächsten Impfungen der Priorität 3 Berücksichtigung finden werden. Wir sprechen also lediglich von einem geringen zeitlichen Verzug, nicht mehr.“

■ Stufenplan 2.0

Weiter beschäftigte insbesondere die Bildungsgewerkschaften das Thema Stufenplan 2.0.

Die Ausführungen zur Umsetzung des „Stufenplans 2.0“ durch Kultusminister Grant Hendrik Tonne kommentiert Torsten Neumann, Vorsitzender des Verbandes Niedersächsischer Lehrkräfte VNL/VDR:

„Wir freuen uns mit unseren Schülerinnen und Schülern und deren Eltern, dass in vielen Teilen von Niedersachsen bald wie-

der der Unterricht im ‚Szenario A‘, also im Klassenverband, stattfinden können. Der ‚Stufenplan 2.0‘ bietet dabei den Schulen die notwendige Orientierung und Planungssicherheit.

Bei aller Freude über mehr Präsenzunterricht muss aber weiterhin der Arbeits- und Gesundheitsschutz sichergestellt sein. Deshalb begrüßen wir das Beibehalten der bisherigen Test- und Impfstrategie, auch wenn Selbsttestungen nicht dazu führen dürfen, sich in falscher Sicherheit zu wähen.

Wir begrüßen daher die Absicht der Landesregierung, allen Schülerinnen und Schülern ab zwölf Jahren ein Impfangebot unterbreiten zu wollen, sobald die bundesweite Impfung erfolgt ist. Erst wenn weitgehend alle an Schule Tätigen und Lernenden geimpft sind, wird Schule ein sichererer Ort als bisher sein.“

■ Unterrichtsversorgung

Neumann weiter: „Bei der Diskussion um die derzeitige Situation der Schulen ist bislang der Blick auf die Unterrichtsversorgung im neuen Schuljahr verloren gegangen. Gerade in den nicht gymnasialen Schulformen der Sekundarstufe I, den Haupt-, Förder-, Real- und Oberschulen, konnten nicht alle ausgeschriebenen neuen Lehrkräftestellen besetzt werden.

Das wird zu Problemen an den Schulen führen. Der Personalmangel an unseren Schulen, sowohl bei den Lehrkräften als auch beim Unterstützungspersonal, macht es schon jetzt nicht leicht, die Probleme der betroffenen Schülerinnen und Schüler zu lösen. Das wird sich auch nach den Sommerferien leider fortsetzen, wenn nicht endlich gegengesteuert wird.“

■ VBE

VBE-Landesvorsitzender Franz-Josef Meyer kommentierte den Start des Regelbetriebs für alle Schulen wie folgt: „Mit der Vorstellung des Stufenplans 2.0 für den Bildungsbereich ermöglicht das Kultusministerium den Schulen und Kitas bei einer Inzidenz von unter 50 den Regelbetrieb in voller Gruppenstärke. Bei aller Vorfreude über die baldige Rückkehr vieler Schulen in den Präsenzunterricht für alle sollte auch über die zusätzlichen Risiken bei veränderten Rahmenbedingungen gesprochen werden. Ob sich tatsächlich wie vom Kultusminister prognostiziert eine ‚verlässlich stabile Lage mit niedrigen Inzidenzzahlen‘ einstellt, hängt sicher auch von den begleitenden Schutzmaßnahmen ab“, so Meyer in seiner Bewertung des aktualisierten Stufenplans.

Mit der Rückkehr zum Präsenzunterricht in Klassenstärke keh-



ren auch die bekannten Probleme und Sorgen über mangelnden Infektionsschutz in Schulen zurück. Meyer dazu: „Es gibt gute Gründe, bei den Schulöffnungen vorsichtig zu sein. Die Inzidenzen sind unter Kindern höher als bei den Erwachsenen und es gibt noch keinen zugelassenen Impfstoff für Kinder.“

Bei kleinen Klassenräumen, vollgestopft mit 30 und mehr Schülerinnen und Schülern ohne ausreichende Belüftungsmöglichkeiten, ist es nur eine Frage der Zeit, bis sich das Coronavirus wieder ausbreitet.“

■ **Impfkampagne Lehrkräfte**

Hoffnung gibt es allein durch die fortschreitende Impfkampagne bei den Lehrkräften. Es ist erfreulich, dass bereits 67 Prozent des Schulpersonals der weiterführenden Schulen ihre erste Impfung erhalten haben, bei den Grundschulen liegt die Quote sogar bei 94 Prozent. Die bevorstehende Freigabe der Priorisierung könnte den Impffortschritt aber ausbremsen, deshalb müssen bis dahin alle Schulbediensteten ein Impfangebot erhalten haben.

Meyer abschließend: „Es bleibt dabei: Nur im Dreiklang mit Testen, Hygieneregeln und Impfangeboten lässt sich das Coronavirus im Zaum halten. Erst wenn das Schulpersonal und auch Schulkinder geimpft sind, kann im nächsten Schuljahr eine vierte Welle verhindert werden.“

Dazu bedarf es deutlich mehr Anstrengungen beim Infektionsschutz, ansonsten bleibt die Prognose des Kultusministers, dass sich die ‚Stabilität im Infektionsgeschehen fortsetzt‘, nur ein frommer Wunsch.“

■ **Corona-Selbsttests in Kitas**

Der VBE äußerte sich auch zum Start der Corona-Selbsttests in den Kitas.

„Obwohl die Landesregierung bereits Ende April die erforderlichen Gelder für Selbsttests in den Kindergärten für die nächsten Monate beschlossen hat, ist der Start nun auf Eis gelegt und es droht eine Verschiebung bis in den August.“

Diese Verzögerung des Starttermins ist unverantwortlich angesichts der Rückkehr vieler Kinder in den eingeschränkten Regelbetrieb und des damit verbundenen zunehmenden Infektionsrisikos für sie und ihre Familien“, so Meyer in seiner Stellungnahme zu den Presseberichten. Grund für die verspätete Umsetzung sind noch andauernde „Abstimmungsprozesse“ zwischen Land und Kommunen.

Wieder einmal sind es bürokratische Hürden, die einen zügigen Start der Testkampagne verhindern. Dabei ist Eile geboten angesichts der immer wieder gemeldeten Infektionsausbrüche in den Kitas.

Die Kindertests in den Kitas sind für Kultusminister Grant Hendrik Tonne daher auch neben den Reihentests und den

Impfangeboten für Beschäftigte „eine entscheidende Säule“, um den Gesundheitsschutz in der Kinderbetreuung zu erhöhen. Umso unverständlicher ist daher die Testblockade.

Das Kultusministerium begründet konkret die Verzögerungen mit zeitaufwendigen Vorarbeiten bei der Beschaffung und Lieferung der Testkits.

Einige Kommunen haben allerdings bereits durch Eigeninitiative umfangreiche Vorerfahrungen mit Selbsttests in Kitas gesammelt.

Das betrifft sowohl die Beschaffungsmodalitäten als auch die Wahl geeigneter Testverfahren. Es stellt sich die Frage, warum das Kultusministerium nicht auf dieses bewährte Know-how zurückgreift und damit durch ein schnelles und unbürokratisches Vorgehen unnötige Zeitverluste vermeidet.

Die Verärgerung mancher Lokalpolitiker über dieses eigensinnige Vorgehen ist verständlich. Anscheinend ist Kommunikation und Kooperation nicht nur in

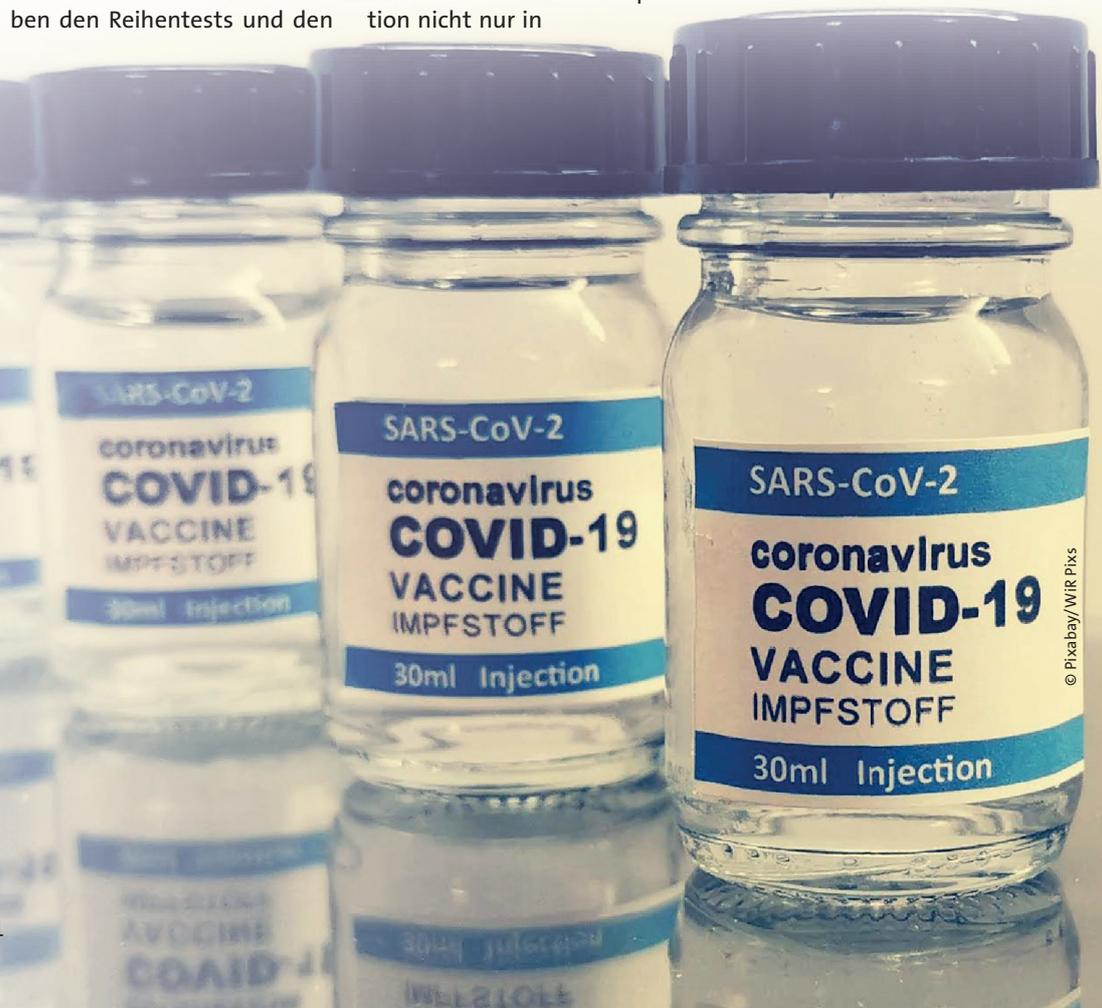
dieser Sache keine Stärke der Kultusbürokratie.

Meyer abschließend: „Das Coronavirus wartet nicht bis nach der Sommerpause, eine zügige Umsetzung der Testkampagne in den Kitas ist im Interesse aller Beschäftigten, der betreuten Kinder und deren Familien.“

Die laufende Selbstteststrategie in den Schulen hat gezeigt, dass durch rechtzeitige Entdeckung von Ansteckungen zahlreiche Corona-Ausbrüche und damit auch Quarantänemaßnahmen verhindert werden können.

Das gleiche Recht auf Infektionsschutz muss auch für Kita-Kinder gelten.

Der VBE fordert eine umgehende Umsetzung der Selbstteststrategie. Je länger gewartet wird, desto mehr steigt die Gefahr von Infektionen mit dem Coronavirus. Das ist unverantwortlich und kann niemand wollen.“ ■



© Pixabay/WIR Pixs